

Polemik um Ausschaffungsflüge

Umstrittene Transportflugzeuge

Friedensfördernde Einsätze im Ausland sind Bestandteil des Armeeauftrags. Doch die Beschaffung militärischer Transportflugzeuge wird seit Jahren blockiert.

- von René Zeller, NZZ, 11.06.2015



Blick in den Rumpf eines militärischen Transportflugzeugs. Hat die Schweizer Armee für solche Maschinen Verwendung? (Bild: ZEM)

In der Märzsession setzte der Ständerat ein Zeichen. Er überwies zwei Motionen, in denen der Kauf militärischer Transportflugzeuge gefordert wurde.

Überraschenderweise stammte einer der Vorstösse aus der Feder der Waadtländer Sozialdemokratin Géraldine Savary. Erstaunlich war zudem, dass niemand in der kleinen Kammer gegen die Forderung opponierte.

Auf der langen Bank

Diese Einmütigkeit trägt. Die Beschaffung von Transportflugzeugen ist parteipolitisch umstritten, seit die Armee nach der Jahrtausendwende auf das Konzept «Sicherheit durch Kooperation» einschwenkte. Der im Rüstungsprogramm 2004 beantragte Kauf von zwei Flugzeugen des Typs Casa C-295 scheiterte im Parlament. Drei Jahre später versuchte der damalige Nationalrat Didier Burkhalter, die Debatte neu zu lancieren. Zur Unterstützung ziviler und militärischer Einsätze im Rahmen der Friedensförderung und der humanitären Hilfe seien Lufttransporte unerlässlich, lautete die Devise des heutigen Aussenministers. Zwar wurde Burkhalters Motion 2008 von beiden Räten angenommen. Gleichwohl landete das Geschäft auf der langen Bank.

Am Montag wird sich im Nationalrat klären, ob das von Parteiengezänk eskortierte Beschaffungsprojekt flügge wird oder nicht. Die CVP-Fraktion unterstützt ihren Ständerat Peter Bieri, der als Motionär den Bundesrat beauftragen will, spätestens im Rüstungsprogramm 2018 den Kauf von Transportflugzeugen vorzusehen. Befürwortend positioniert hat sich auch die FDP; sie steht hinter der Verbesserung des «längst nötigen Ausbaus von Lufttransportkapazitäten».

Eine gefestigte Abwehrfront bilden demgegenüber Grüne und SVP. Die Bundeshausfraktion der Volkspartei argumentiert, die fraglichen Einsätze der Armee liessen sich bei Bedarf mit angemieteten Maschinen durchführen. Zudem lehne die SVP Auslandseinsätze der Armee prinzipiell ab. Auf der anderen Seite des Parteispektrums betont Josef Lang, grüner Altnationalrat und Armeeabschaffer der ersten Stunde, auch seine Partei sei strikt gegen militärische Auslandseinsätze.

Für einmal driften Grüne und Sozialdemokraten auseinander. Am Dienstag sprach sich die SP-Fraktion mehrheitlich für die Beschaffung von Transportflugzeugen aus. Nationalrätin Evi Allemann gehört zu den Wortführerinnen jenes Parteiflügels, der im Rahmen der angepeilten Armee reform einer markant verstärkten internationalen Kooperation das Wort redet. Diese Forderung sei, so Allemann, in der SP abgestützt, obschon das Parteiprogramm die Armeeabschaffung als Zielvorgabe enthalte. Das Rüstungsprogramm 2015, das ebenfalls in der laufenden Session zur Debatte steht, lehnen die Sozialdemokraten allerdings ab. Teure Drohnen aus Israel brauche die Schweizer Armee nicht, lautet die Parole.

Polemik um Ausschaffungen

Wozu braucht die Schweizer Armee denn Transportflugzeuge? SP-Ständerätin Savary weist in ihrem Vorstoss darauf hin, dass der Bund aufgrund fehlender Transportkapazitäten 2014 zweimal auf eine Intervention im Ausland verzichten musste: in Libyen bei der Rückführung des Personals der Schweizer Botschaft und in Afrika beim Kampf gegen Ebola. Zudem müsse die Schweiz häufig ein spanisches Transportflugzeug mieten, um im Rahmen der Swisscoy-Operation in Kosovo Personen und Material zu transportieren. Und auch bei humanitären Einsätzen (Haiti, Sumatra, Türkei) habe die Schweiz öfters Frachtflugzeuge mieten müssen.

Diesen möglichen Einsatzbereichen hält der Grüne Josef Lang entgegen, geplant sei, die Transportflugzeuge auch für die Zwangsausschaffung von Flüchtlingen zu nutzen. Das sei inakzeptabel, zumal das Verteidigungsdepartement bisher nicht offengelegt habe, dass es bereits heute Ausschaffungsflüge im Auftrag des Staatssekretariats für Migration durchführe.

Der GSoA-Veteran sollte es besser wissen: 2010 legte der Bundesrat auf ein Postulat von SVP-Nationalrat Thomas Hurter dar, es bestünden seit November 2006 Vereinbarungen zwischen VBS und Justizdepartement betreffend Ausschaffungen im Asyl- und Ausländerbereich auf dem Luftweg. Die Abmachungen seien unverändert gültig, bestätigt das Verteidigungsdepartement auf Anfrage. Der von der Luftwaffe betriebene Transportdienst des Bundes stelle in solchen Fällen primär das (zivile) Flugzeug Beech 1900D zur Verfügung. Gelegentlich würden auf Anfrage des EJPD auch mit Super-Puma-Helikoptern und mit gemieteten Flugzeugen Ausschaffungsflüge vollzogen.